

zialdemokratischen Reichsministern. Wichtig war auch, daß unterhalb der Ebene von weltanschaulichen Auseinandersetzungen um Republik oder Monarchie, um Kapitalismus oder Sozialismus der unmittelbare Schutz des eigenen Betriebs vor Eingriffen der Arbeiterschaft in die Besitzrechte Motiv für das Engagement breiter bürgerlicher und bäuerlicher Schichten war. Dieser Aspekt kommt bei Brundiers etwas zu kurz. Es war nicht nur ein vordergründiges Argument, wie er auf Seite 49 schreibt, daß die Einwohnerwehren im Landkreis und am Stadtrand Schutz vor lebensmittelsuchenden Städtern bieten sollten. Die Auseinandersetzung um die Einwohnerwehren hatte neben vielen ordnungspolitischen Gründen auch etwas mit dem Konflikt zwischen schlecht versorgten städtischen Arbeitern und den Bauern um die Lieferung von landwirtschaftlichen Produkten zu tun.

Zu Recht weist Brundiers am Ende seiner Untersuchung darauf hin, daß Arbeiten über die personelle Kontinuität von den Einwohnerwehren hin zum »Stahlhelm« noch ausstehen. Ebenso reizvoll wäre es, die örtlichen Schützenvereine als Rekrutierungsbasis ländlicher Einwohnerwehren oder auch des »Stahlhelms« zu berücksichtigen.

*Bernd Rother, Potsdam*

Detlev Brunner, Bürokratie und Politik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes 1918/19 bis 1933, Bund Verlag, Köln 1992, 524 S., kart., 72 DM.

Angesichts der in den letzten Jahren verfestigten Vorbehalte gegen »anonyme Apparate« einerseits, des Vordringens sozial- und alltagsgeschichtlicher Fragestellungen andererseits ist die Geschichte der Arbeiter- bzw. Gewerkschaftsbewegung als Organisationsgeschichte vielfach in Mißkredit geraten. Daß jedoch auch aus einer organisationsgeschichtlich focusierten Analyse des Spannungs- und Wechselverhältnisses von Organisation und Politik wichtige Erkenntnisse zum Verständnis der Gewerkschaftspolitik gewonnen werden können, zeigt die 1991 vom Institut für Geschichtswissenschaft der TU Berlin angenommene Dissertation von Detlev Brunner zu Bürokratie und Politik des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB).

Die Studie Brunners beleuchtet die Problematik von Organisation und Politik in zwei – etwa gleich umfangreichen – thematisch voneinander geschiedenen Blöcken: Zunächst geht es um Organisation und Bürokratie des ADGB, dann – unter dem etwas plakativen Titel »Verantwortung für das ›Volksganze‹ oder Klasseninteresse?« – um die Politik des ADGB in bestimmten Konflikt- und Entscheidungssituationen.

Wenden wir uns zunächst dem ersten Teil zu, der den eigentlichen Wert des Buches auszumachen scheint, wird hier doch vielfach Neuland betreten. Nach einem knappen Rückblick auf die Entwicklung der gewerkschaftlichen Bürokratie im Kaiserreich werden Aufgaben und organisatorischer Aufbau des ADGB dargestellt. Deutlich wird, daß die Gründung des ADGB im Jahre 1919 die – ohnehin angelegten – Tendenzen zur Zentralisierung der Gewerkschaftsorganisation verstärkte. Mit der Bildung des Gewerkschaftsbundes als Dachverband wurde eine Gesamtvertretung der Freien Gewerkschaften geschaffen, deren Stellenwert nicht zuletzt deswegen so bedeutend war, weil mit der Gründung der parlamentarischen Demokratie, der rechtlich-politischen Anerkennung der Gewerkschaften und den zahlreichen politischen Krisen und Konflikten die politische Vertretung aller Freien Gewerkschaften an Bedeutung gewann. Der Leipziger Kongreß des ADGB im Jahre 1922 trug dem Rechnung und erweiterte durch Satzungsänderungen die Kompetenzen der ADGB-Spitze. Der ADGB-Vorstand seinerseits reagierte auf den Zuwachs an Aufgaben und Einfluß mit einem Ausbau der Bürokratie. Die Vorstandsverwaltung wurde personell verstärkt, und der organisatorische Unterbau durch Bezirkssekretariate wurde stabilisiert.

Mag sich die Darstellung bis hierher auch noch weitgehend im Rahmen der üblichen Organisationsgeschichte bewegen, so sind diese Ausführungen doch nötig, um die folgenden Informationen zu Kontinuität und Wandel im Führungs- und Verwaltungsstab des ADGB einordnen zu können. Unter Auswertung höchst heterogener biographischer Materialien wird ein Bild von Binnenstruktur und Sozialprofil nicht nur der Mitglieder des Bundesvorstandes, sondern auch der Angestellten der Vorstandsverwaltung gezeichnet. Die hier zusammengestellten Daten über Herkunft, Ausbildung, Berufsweg und innergewerkschaftliche Karriere lassen bei allen individuellen Unterschieden doch bestimmte Charakteristika der Gruppen- und Generationenzugehörigkeit erkennen.

Auch wenn sich ein Generationswechsel in der Führung des Bundesvorstandes erst 1931/32 anbahnte, so ist durch die gestiegene Anzahl von Mitarbeitern der Vorstandsverwaltung schon in den 1920er Jahren eine Verjüngung festzustellen. Mit den Jahrgängen der zwischen 1880 bis 1899 und denen der nach der Jahrhundertwende Geborenen rückten zwei Generationen in die ADGB-Zentrale ein, die sich in ihrer politischen Sozialisation – vor allem durch das »Fronterlebnis« – grundlegend von den in den 1860er und 1870er Jahren Geborenen unterschieden, die zum großen Teil bereits seit den 1890er Jahren an der Spitze der Freien Gewerkschaften standen. Die neuen Mitarbeiter waren zumeist besser ausgebildet und stammten zum Teil auch aus bürgerlichen Schichten. Darin spiegelte sich zum einen – darauf weist Brunner hin – die fortschreitende Professionalisierung der gewerkschaftlichen Arbeit, aber wohl auch die zunehmende Akzeptanz, die die inzwischen rechtlich und politisch anerkannten Gewerkschaften als potentielle Arbeitgeber bei jungen Akademikern genossen.

Wertvolle Einblicke in das Innenleben der gewerkschaftlichen Organisation bietet auch Brunners Analyse der innergewerkschaftlichen Willensbildungsprozesse. Gefragt wird nicht nur nach dem Verhältnis von Basis und Führung, von Kongreß und Vorstand, sondern zudem nach dem Einfluß der Angestellten in der Vorstandsverwaltung. Nicht zuletzt dank ihres Fachwissens konnten die Experten maßgeblichen Einfluß auf die Gewerkschaftsführung nehmen; angesichts des ausgeprägten hierarchischen (Selbst-)Bewußtseins der gewählten Vorstandsmitglieder blieben die Angestellten jedoch auf die Rolle von Zuarbeitern beschränkt, die Anregungen geben konnten, sich jedoch immer der Unterstützung »ihres« Vorstandsmitgliedes vergewissern mußten, also nicht eigenständig agieren konnten. Als Beispiel für die Chancen, aber auch Grenzen der Einflußmöglichkeiten von Experten auf die Gewerkschaftsführung kann der Weg der Arbeitsbeschaffungs-Initiative Wladimir Woytinskys, des Leiters des Statistischen Büros des ADGB, gelten, deren Grundzüge schließlich 1932 zum »offiziellen« Programm des ADGB wurden. Die Experten trugen im übrigen zugleich zur Stärkung der Position des Vorstandes bei, sorgten sie doch dafür, daß dessen Informationsvorsprung gegenüber Einzelgewerkschaften und vor allem Kongreß-Delegierten wuchs. Besonderen Wert legt Brunner auf den Nachweis, daß der zunehmende Einfluß der Experten in der Vorstandsverwaltung des ADGB noch unter einem zweiten Aspekt von Bedeutung war, vertraten doch einige der jüngeren Funktionäre, insbesondere Lothar Erdmann und Franz Josef Furtwängler, gewerkschaftspolitische Ideen, die sich deutlich von den Anschauungen der älteren Vorstandsmitglieder unterschieden: Sie standen nicht für die traditionelle Synthese von »Klasseninteresse« und »Allgemeinwohl«, sondern sahen die Gewerkschaften als Integrationskraft der Nation in einem durchaus wertbeladen-patriotischen Sinn, wobei dem Staat die – gegebenenfalls autoritäre – Harmonisierung von Interessengegensätzen obliegen sollte. Auch wenn nicht zu klären ist, ob die Grundsatzartikel der Theoriedebatte in der »Arbeit« oder auch in der »Gewerkschafts-Zeitung« die Mitglieder erreicht haben, so hatten die darin geäußerten Ideen doch gewiß Einfluß auf das Selbstverständnis der Gewerkschaftsführungen und damit auf die Politikformulierung, was sich unter dem Druck der Weltwirtschaftskrise und dann insbesondere im Frühjahr 1933 zeigte.

Die Entwicklung der gewerkschaftlichen Politik, exemplifiziert an zentralen Entscheidungssituationen vom Ruhrkampf über den Bruch der Großen Koalition 1930, die Tolerierungspolitik und die Stellung zur Reparationsfrage bis hin zum Versuch einer »Gleichschaltung von unten« im Frühjahr 1933, steht im Mittelpunkt des zweiten Teils der Analyse Brunners. Zwar handelt es sich vielfach, was die Darstellung der gewerkschaftlichen Politik anlangt, um aus der wissenschaftlichen Literatur Bekanntes. Doch Brunner ergänzt diese »Gipfelwanderung« zur Gewerkschaftsgeschichte der Weimarer Republik durch Informationen zum Einfluß der Vorstands-Angestellten auf die Politik des ADGB-Vorstandes; dieser Einfluß habe das Dilemma der Freien Gewerkschaften noch verschärft, das Brunner – so seine Eingangsthese – wie folgt beschreibt: »In seinem Selbstverständnis als tragender Pfeiler der Weimarer Republik und des Weimarer Sozialstaates erachtet [der ADGB] es – keineswegs nur aus taktischen Gründen – für notwendig, volkswirtschaftlich verantwortlich und staatspolitisch auf das ›Allgemeinwohl‹ verpflichtet zu handeln. Durch den Anspruch, volkswirtschaftlich und ›national‹ verantwortlich im Sinne des sogenannten ›Volksganzen‹ handeln zu wollen und bei gleichzeitig weiterhin bestehender Notwendigkeit, ökonomische und soziale Interessen abhängig Beschäftigter zu vertreten, gerät der ADGB in ein Dilemma, denn ›national‹ verantwortliche Politik geht zu Lasten effektiver Interessenvertretung.« (S. 14)

So deutlich Brunner auch das »Dilemma« der ADGB-Politik schildert (z. B. S. 224 f., S. 329, S. 334), so verstellt er sich doch die Möglichkeit, die Bedeutung dieses Problems auszuloten, da er es als eine Frage des Selbstverständnisses und des programmatischen Anspruchs einstuft und zugleich weitgehend darauf verzichtet, die Analyse der gewerkschaftlichen Politik in die reale sozio-ökonomische und politische Entwicklung einzubetten. So ist doch zu fragen, ob ein anderes Selbstverständnis des ADGB, das z. B. dem – im übrigen durchaus erklärungsbedürftigen – »Klasseninteresse« Priorität beimessen würde, das Dilemma, vor dem gewerkschaftliche Politik als Teil eines komplexen Machtgefüges stand, lösen oder vermeiden könnte. Es fragt sich also, ob das Dilemma, in das die Gewerkschaften gerade in Krisenzeiten immer wieder gerieten (und geraten), durch widersprüchliche Ziele selbst verursacht und dementsprechend vermeidbar war oder ob sich hier nicht ein Strukturproblem gewerkschaftlicher Politik zeigte, das eine Gratwanderung der Gewerkschaften erforderte, ohne daß ein »Königsweg« in Sicht gewesen wäre.

Doch auch wenn man Interpretationsansatz und Schlußfolgerungen Brunners nicht voll und ganz teilen mag, so ist doch festzuhalten, daß ihm eine Analyse gelungen ist, die wirklich Ernst mit dem Anspruch macht, die innergewerkschaftliche Struktur, speziell die Entwicklung der ADGB-Vorstandsverwaltung, darzustellen. Damit hat er einen gut fundierten Beitrag zum Verhältnis von Organisation bzw. Bürokratie und Politik vorgelegt, der die bisherigen Forschungsergebnisse zur Gewerkschaftsgeschichte der Weimarer Republik abrundet.

*Michael Schneider, Rheinbach*

Matthias Marschik, »Wir spielen nicht zum Vergnügen«. Arbeiterfußball in der Ersten Republik, Verlag für Gesellschaftskritik, Wien 1994, 260 S., brosch., 43 DM.

Wie in der Weimarer Republik war der Arbeitersport in Österreichs Erster Republik fester Bestandteil des politischen Lebens und der Alltagskultur. Neben den sozialdemokratischen Parteien und den freien Gewerkschaften galt er als dritte Säule der Arbeiterbewegung. Die Blüte, die der Arbeitersport seit 1918 in beiden Ländern erlebte, wurde jedoch in Deutschland 1933 durch die Nationalsozialisten und in Österreich im Februar 1934 durch das au-